

Brensbach, den 06.07.2024

Bei alternativen Fakten glaubt der Autor selbst an das, was er sagt. Somit schafft er seine eigene Realität.

„Bürgermeister Müller und der Versuch einer Rechtfertigung“

Wenn Jahresabschlüsse die tatsächliche wirtschaftliche und finanzielle Situation eines Unternehmens widerspiegeln, dann gibt es nach Prüfung durch Wirtschaftsprüfer, bei Kommunen Revisionsämter, das uneingeschränkte Testat. Wenn nicht, wird das Testat eingeschränkt oder versagt. Für 2019 und 2020 erhält die Gemeinde Brensbach ein eingeschränktes Testat. An vielen Stellen, quer durch die Jahresabschlüsse, wird mit nichtzutreffenden Zahlen operiert, umgangssprachlich mit falschen Zahlen. Somit entsprechen beide Jahresabschlüsse nicht den gesetzlichen Regeln und der tatsächlichen Situation in Brensbach und zwar für alle Haushaltsbereiche. Die Beanstandungen des Revisionsamtes hier aufzuführen sprengt den Rahmen, zu viele Zahlen, Daten und Fakten sind falsch und das mit dem Wissen des Gemeindevorstandes. Ob hier schon der Tatbestand des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit vorliegt, mögen Andere beurteilen. Die logische Konsequenz: Die Gemeindevertretung genehmigt die Jahresabschlüsse für 2019 und 2020 nicht und versagt dem Gemeindevorstand die Entlastung.

Die Presse berichtet unter der Headline: „Keine Entlastung des Vorstands der Gemeinde Brensbach“.

Journalistisch einwandfrei und in der Sache zutreffend.

Alternative Fakten werden jedoch durch Aussagen von Bürgermeister Müller geschaffen. Wobei alternative Fakten allein schon dadurch leben, dass der Autor daran glaubt.

Wichtig bei der Verifizierung der Müller'schen Aussagen ist auch der Zeitfaktor. Wir sprechen über Vorgänge in der Verwaltung, die bereits vier bis fünf Jahre zurückliegen. Die Meinung von Herrn Müller, die Nichtentlastung durch die Fraktionen der UWG-Brensbach, „Die Bürgerinitiative“, und CDU-Brensbach seien politisch und nicht sachlich motiviert ist durchschaubar und unzutreffend. Zutreffend ist, dass die SPD-Fraktion bei ihrem Votum pro Jahresabschluss und Entlastung nur politisch und nicht sachlich abgestimmt hat. Zum Thema der Unregelmäßigkeiten hat sich die SPD-Fraktion in den Gremien nicht positioniert und somit erneut unter Beweis gestellt, dass das Bündnis aus SPD-Bürgermeister Müller und seiner SPD-Fraktion seinen strategischen Zweck der „Eskortierung“ des Bürgermeisters willenlos erfüllt. Ein lähmendes und notwendige Veränderungen in Brensbach torpedierendes Element.

Müller weist auf den externen Dienstleister hin, der seit 2022 mit wachsender Intensität in die „Aufräumarbeiten“ integriert ist und der Haushaltsplanungen und Jahresabschlüsse aufstellt. Auch dieser kann jedoch nur Daten verarbeiten, die aus der Brensbach Verwaltung kommen, Richtigkeit vorausgesetzt. Und genau dieser Dienstleister hat in der jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss ausgeführt, dass die „Aufräumarbeiten“ noch mindestens 2024 vielleicht auch 2025 andauern werden.

Jüngster Auftrag an den Dienstleister: Ermittlung zum Jahresende 2024 aller Vermögenswerte der Gemeinde Brensbach.